



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/255 - 4.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Kostenrechnung eines Wehrbeitrags	S. 1
Das Dilemma in Indochina - Bericht aus Paris -	S. 3
Zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen	S. 4

Die große Illusion

Von Fritz Erler, M.d.B.

Eine dieser Tage in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschienene Betrachtung über die Kosten der deutschen Divisionen schloß mit dem optimistischen Satz: "Alles in allem besteht Grund zur Annahme, daß wir künftig etwas - wenn auch nicht gerade viel - billiger als bisher wegkommen werden". Diese Annahme ist leider falsch. Die Besatzungskosten betragen 1945 2 Mrd, von 1946 bis 1949 je um 5 Mrd, 1951 7,7 Mrd, 1952 voraussichtlich 7,2 Mrd. Hierzu treten noch rund 3 Mrd nicht anerkannte Kosten für die innere Sicherheit und Berlin, die aber leider auch nach einem Inkrafttreten der Vertragswerke im wesentlichen nicht vom Verteidigungsbeitrag abgesetzt werden können. Der Finanzminister hofft das wenigstens teilweise. Bisher sind seine Hoffnungen selten in Erfüllung gegangen. Es bleibt also nicht nur bei den 10,2 Mrd bar, laut Vertrag für das erste Jahr, sondern auch hierzu kommen weitere rund 2 Mrd über den deutschen Haushalt. Es wird also schon nach diesen Zahlen nicht billiger, sondern teurer als bisher.

Das dicke Ende kommt aber, wie immer, erst nach. Der Jahreshaushalt der EVG ist mit 30 Mrd M angesetzt, von denen wir die bewußten 10,2 Mrd zu zahlen hätten. Die Ausstattung von zwölf deutschen Divisionen würde nach unwidersprochen gebliebenen Berechnungen der Dienststelle Blank in zwei Jahren rund 40 Mrd M erfordern, so daß von den Einnahmen der EVG in Höhe von

60 Mrd (in zwei Jahren) nur 20 Mrd für die übrigen rund 40 Divisionen der anderen Teilnehmerstaaten übrig blieben. Davon werden etwa drei Viertel nur für den laufenden Unterhalt verbraucht, wenn man für den Soldaten nach allgemeinen Faustregeln im Jahr 7000 M einschließlich Ergänzungs- und Ersatzbedarf, Unterkunft, Verpflegung, Sanitätsdienst usw. ansetzt. Jene 40 Divisionen sind aber auch erst teilweise aufgestellt. Es gibt nicht einmal zehn von ihnen mit modernem Material. Man muß also genau wie für die deutschen Divisionen auch für dreißig andere in den nächsten zwei Jahren, in denen das Programm verwirklicht werden soll, je 3,5 Mrd für die Aufstellung und Ausrüstung ausgeben. Das ergibt einen Bedarf von 105 Mrd, während im EVG-Haushalt, wenn er in dem von der Bundesregierung angenommenen Umfang voll die Kosten der deutschen Verbände decken soll, nur 5 bis 6 Mrd enthalten sind. Rund 100 Mrd in zwei Jahren, also rund 50 Mrd im Jahr, müßten aus der amerikanischen Hilfe kommen. Das bedeutet, daß die USA ihre Wirtschafts- und Militärhilfe für ganz Europa von zuletzt rund 6 Mrd Dollar = 25 Mrd M zu verdoppeln und nur an die EVG zu geben hätten. Großbritannien, Norwegen, Griechenland, die Türkei und andere für die USA wichtige NATO-Länder müßten völlig leer ausgehen, womit doch im Ernst niemand rechnen kann.

Nach dem bisherigen Stand der Debatte in den USA ist aber überhaupt nicht mit einer Erhöhung der Auslandshilfe, sondern günstigstenfalls mit einer Beibehaltung, wahrscheinlich mit einer Minderung zu rechnen. Als Begründung für die EVG wird in den USA ja gerade angeführt, daß man endlich die Last des amerikanischen Steuerzahlers erleichtern wolle.

Das gesamte Programm der Aufstellung der europäischen Divisionen und vor allem der deutschen ist also auf Sand gebaut, auf die große Illusion, daß die amerikanische Hilfe nicht nur weiterfließt, sondern mehr als verdoppelt und nur der EVG zugute kommen wird, unter Vernachlässigung anderer amerikanischer Verpflichtungen. Daneben gibt es noch die kleine Illusion, daß die anderen EVG-Partner die Aufstellung der deutschen Verbände mitfinanzieren. Nimmt man im Ernst an, daß französische und italienische Steuerzahler, die schon bisher nicht zu den allereifrigsten gehörten, mit größerer Freude ihre Steuern zur Aufstellung deutscher Verbände opfern, nachdem sie es bisher nur widerstrebend für eigene Verbände taten? Wir würden aus dem EVG-Topf nur so viel herausbekommen, wie wir auch hineintun. Die Last der in Aussicht genommenen Aufrüstung kommt in voller Höhe auf uns zu. Mag sein, daß eine bescheidene amerikanische Hilfe einiges abnimmt. Aber dem deutschen Volke vorrechnen wollen, daß es bei 10 Mrd bleibt und nicht nahe an das Doppelte herankommt, heißt, ihm Sand in die Augen streuen. Oder aber: Die EVG wird aufgestellt, ohne ausreichend mit Material und Waffen ausgestattet zu werden. Das aber heißt, nur die Illusion der Sicherheit schaffen und in Wirklichkeit im Ernstfall Schlachtopfer sein.

Was tun in Indochina ?

G.S.-Paris, Anfang November

Die Tatsache, daß Frankreich so tief in den indochinesischen Krieg verwickelt ist, spielt in der Stellungnahme zahlreicher französischer Politiker gegen den EVG-Vertrag eine bedeutende Rolle. Die Argumentation ist etwa folgende: Frankreich besitzt auf europäischem Boden einige wenige Divisionen, die kaum der Erwähnung wert sind. In Indochina hingegen befinden sich etwa 150000 französische Soldaten unter Führung der besten und bewährtesten Kader, wohingegen die in Frankreich eingezogenen Rekruten nur eine recht mangelhafte Ausbildung erhalten können. Ergo: Dauert der Krieg in Indochina an, so würde innerhalb der EVG notwendigerweise ein merkliches deutsches Übergewicht entstehen, und die so oft beschworene "deutsche Gefahr" würde Wirklichkeit werden,...

Nun zeichnen sich in Frankreich mehrere Tendenzen ab, die hier vermerkt werden sollen. Da sind zunächst jene, die ungeachtet der katastrophalen Folgen den "Durchhaltestandpunkt" verfechten, ohne allerdings zu sagen, auf welche Weise das militärische und insbesondere finanzielle Problem von Frankreich gelöst werden soll. Andere, wie Daladier und manche Sozialisten, sprechen sich für Verhandlungen aus. Doch kann der indochinesische Krieg noch auf "lokaler" Basis gelöst werden? Jeder weiß, daß China faktisch, wenn auch nicht formell, am Krieg in Indochina beteiligt ist und daß überdies die Sowjetunion in Indochina über mehr als eine Position verfügt, die sie nicht ohne gewichtige Gegenleistungen aufgeben wird.

Bleibt das Drängen jener, die eine "alliierte", sprich amerikanische Teilnahme an den Kämpfen in Indochina fordern. Und hier ist zunächst eine Feststellung zu machen: So oft auch von amerikanischer Seite die Erklärung abgegeben wurde, daß die USA am militärischen Geschehen in Indochina interessiert seien, so hat sich doch dieses Interesse nur in Waffenlieferungen kleineren Umfangs und in finanzieller Hilfe ausgewirkt. Es wäre utopisch, anzunehmen, daß eine amerikanische Regierung sich verpflichten könnte, Soldaten nach Indochina zu senden.

Im Grunde genommen ist aber jeder davon überzeugt, daß es eine militärische Lösung in Indochina nicht gibt. Wenn nicht eine Katastrophe der französischen Militärplanung zu verzeichnen ist, was man nach den letzten Meldungen nicht für ausgeschlossen halten kann, so können sich die Kämpfe mit wechselndem Erfolg noch beträchtliche Zeit hinziehen.

Es ist relativ leicht, nachzuweisen, daß die französische Politik in Indochina die jetzt eingetretene Katastrophe zum großen Teil selbst verschuldet hat. Tatsache aber ist, daß jetzt durch die vollständige Umwandlung des Viet Minh zu einer rein kommunistischen Organisation eine Lage geschaffen wurde, der man nicht mehr nur mit Vorwürfen begegnen kann: Rein technisch gesehen würde ein Abzug des französischen Expeditionskorps eine Katastrophe darstellen und könnte jedenfalls nur auf sehr lange Frist durchgeführt werden. Politisch gesehen würde jedoch heute eine Evakuierung Indochinas darauf hinauskommen, dieses wesentliche Territorium den von Moskau und Peking abhängigen indochinesischen Kommunisten zu überlassen.

Welchen Ausweg also wählen? Bisher hat noch niemand eine Patentlösung gefunden.

+ + +

Der SRF-Schatten über den niedersächsischen Kommunalwahlen

dt - Hannover

Wer immer aus der Bundesrepublik nach Hannover kommt, äußert sich anerkennend, mitunter bewundernd, über den Aufbau der niedersächsischen Landeshauptstadt. Hannover wird, spricht man von der Gesundheit der deutschen Städte, mit an erster Stelle und vor Städten genannt, deren Säckel praller sind als jener von Hannover. Diese Anerkennung wird das ganze Jahr über mit zufriedenen Lächeln quittiert. Jetzt, da die Zeit der Kommunalwahlen angebrochen ist, bleibe nicht unerwähnt, daß die Stadt Hannover eine sozialdemokratische Führung hat.

Hannover ist nicht die einzige Stadt dieser Art in Niedersachsen. Die SPD erreichte bei den Kommunalwahlen 1948 rund 40 Prozent im Landesdurchschnitt, sie führt in allen größeren Städten und sie hat daher die Hauptlast des Wiederaufbaues in den vergangenen Jahren auf ihre Schultern genommen. Und es darf nicht vergessen werden, daß der Start aus dem Nichts, das der Krieg hinterlassen hatte, der

schwierigste Teil des Wiederaufbaues war. Das muß berücksichtigt werden, wenn nun, am 9. November, die Wähler abermals zur Urne gehen und mit ihrem Wahlzettel sagen werden, ob sie mit dem, was getan wurde, zufrieden sind oder nicht.

Aber all dies wird seit einiger Zeit stark von den Geschehnissen um die aufgelöste SRP überschattet. Mit anderen Worten: Nicht Verdienste, Erfolge oder Versäumnisse in der Kommunalpolitik werden vermutlich in erster Linie auf die Wahl wirken, sondern zumindest ebenso stark die mehr oder minder zugkräftigen Parolen, mit denen die Parteien rechts von der SPD um die SRP-Wähler buhlen werden, die nach Zerschlagung der Tarnorganisationen nun etwas ratlos in die Wahllisten blicken und das waren bei den Landtagswahlen 1951 immerhin 367000 Stimmen oder elf Prozent der Gesamtwählerschaft. Einige Parteien, vor allem DP und BHE, haben sich für diese "Chance" besonders gerüstet. Rund um Hannover und noch stärker im Nordwesten, wo das Schwergewicht der SRP lag, haben diese Parteien stadtbekannte SRP-Männer als "Unabhängige" einzeln mit auf ihre Listen genommen.

Im Vertrauen auf ihre Leistung konnte es die SPD als einzige Partei wagen, überall allein in den Wahlkampf zu gehen. Darum wird man am ehesten bei ihr feststellen können, ob sie bei der Wahl an Stimmen gewonnen oder verloren hat, wobei man weniger die 40 Prozent von 1948 als vielmehr die 33,7 Prozent von den Landtagswahlen 1951 zum Vergleich heranziehen muß, denn 1948 gab es weder einen BHE noch die heute aus den allgemeinen Berechnungen ausgeklammerte SRP. Ein weiteres Merkmal dieser Kommunalwahlen ist, daß die DP die im Vorjahr so geprägte Wahlgemeinschaft mit der CDU (Niederdeutsche Union) nicht mehr pflegt in der Erkenntnis, daß sie 1951 das Absinken der Partei des Kanzlers mit gedeckt hat. Tatsächlich war im Vorjahr nicht zu erkennen, welche von den beiden Parteien mehr verloren hatte. Diesen Beweis will die DP diesmal erbringen, in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß sie zu einem großen Teil das Erbe der SRP antreten wird. Das hindert aber die DP nicht, in Gemeinden, wo es opportun erscheint, Listenverbindungen mit der CDU oder FDP oder mit beiden Parteien, mitunter sogar mit dem BHE, einzugehen.

Das Gesamturteil darüber, welche Parteien zu- oder abgenommen haben, wird noch dadurch erschwert, daß in zahlreichen Gemeinden überhaupt nicht gewählt wird, weil sie zu klein sind (100 Gemeinden z.B. wählen nicht, weil sie weniger als 200 Einwohner haben, eine im Wahlgesetz vorgesehene Regelung. In ihnen tritt an die Stelle der Gemeindevertretung die Plenarversammlung der Gemeinde). In weitaus noch mehr Gemeinden haben sich alle Parteien auf eine Einheitsliste geeinigt, so daß auch hier die Wahl entfällt. Die Wahlarithmetiker werden es daher nicht leicht haben, von den niedersächsischen Kommunalwahlen auf die kommende Bundestagswahl zu schließen.

Dabei können diese Wahlen durchaus einen direkten Einfluß auf die künftige Landespolitik haben. Dann nämlich, wenn der BHE aus dem SRP-Lager soviel Stimmen an sich zöge, daß er die 14,9 Prozent, die er 1951 in den Landtag brachte, überschreiten würde. Das wäre für ihn ohne Zweifel das Signal, sich dem Begehren der bürgerlichen Parteien auf Landtagsneuwahlen anzuschließen. Somit wird am 9. November nicht nur über die Rathäuser entschieden.